

HANSESTADT LÜNEBURG
DER OBERBÜRGERMEISTER

Vorlage-Nr.
VO/8834/20

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Klimmek

Datum:
17.02.2020

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Planänderungsverfahren für den Neubau der A39" (Antrag des Rats Herrn Dr. Scharf vom 15.01.2020, eingegangen am 12.02.2020 um 08:34 Uhr)

Beratungsfolge:

| Öffentl. Status | Sitzungsdatum | Gremium |
|-----------------|---------------|-----------------------------|
| N | 25.02.2020 | Verwaltungsausschuss |
| Ö | 27.02.2020 | Rat der Hansestadt Lüneburg |

Sachverhalt:

s. beigefügter Antrag des Rats Herrn Dr. Scharf vom 15.01.2020, eingegangen am 12.02.2020 um 08:34 Uhr

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 17,00 €
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:
 - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Antrag des Rats Herrn Dr. Scharf vom 15.01.2020, eingegangen am 12.02.2020 um 08:34 Uhr

Beratungsergebnis:

| | Sitzung am | TOP | Ein-stimmig | Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen | lt. Beschluss-vorschlag | abweichende(r) Empf /Beschluss | Unterschr. des Proto-kollf. |
|---|------------|-----|-------------|---|-------------------------|--------------------------------|-----------------------------|
| 1 | | | | | | | |
| 2 | | | | | | | |
| 3 | | | | | | | |
| 4 | | | | | | | |

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Eingang 12.02.2020, 8³⁴ Uhr Silb



FRAKTION IM RAT DER
HANSESTADT LÜNEBURG

CDU Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg • Bürgergarten 4 • 21337 Lüneburg

Bürgergarten 4
21337 Lüneburg

Telefon 0 41 31 / 5 11 66
Telefax 0 41 31 / 85 05 61

Herrn
Oberbürgermeister
Ulrich Mädge
Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 15.01.2020

Antrag zur Sitzung des Rates am 27.02.2020

Planänderungsverfahren für den Neubau der A 39
Lüneburg-Wolfburg, 1. Bauabschnitt
(Anschlussstelle Lüneburg Nord bis Anschlussstelle B 216)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Sitzung des Rates am
stellen wir folgenden Antrag:

Die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg sowie die Lüneburger Mandatsträger im
Nds. Landtag und im Deutschen Bundestag mögen sich dafür einsetzen, dass im Bereich
Lüne – Moorfeld optimaler Lärmschutz erstellt wird.

Das heißt im besonderen:

- Verlängerung des geplanten Tunnels über 400 Meter hinaus; mindestens aber bis zum Ende der unmittelbar an der Trasse liegenden Wohnbebauung im Norden.
- Nach dem Bau die Wiederherstellung des Lärmschutzwalles auf der Ostseite der jetzigen Ostumgehung.

Weitere Begründung mündlich.

i.A.

01 R

ü b e r

a) Dez. III

b) Herrn Oberbürgermeister Mädge

Antrag der CDU-Fraktion vom 15.01.2020 zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 27.02.2020

Planänderungsverfahren für den Neubau der A39 Lüneburg-Wolfsburg, 1. Bauabschnitt (Anschlussstelle Lüneburg Nord bis Anschlussstelle B 216)

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens 2012 für den Neubau der A 39 Lüneburg-Wolfsburg 1. Bauabschnitt von Lüneburg Nord bis östl. Lüneburg und im jetzigen Planänderungsverfahren wurden seitens der Hansestadt Lüneburg Stellungnahmen und Einwendungen vorgebracht. Ein wesentlicher Punkt in den Stellungnahmen und Einwendungen ist die Forderung eines erhöhten Lärmschutzes für den Bereich Lüne-Moorfeld.

Vom 23.03. bis 26.03.2020 (27.03.) wird nach der öffentlichen Bekanntmachung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr die Erörterung für den Neubau der A 39 Lüneburg – Wolfsburg (1. Bauabschnitt) wiedereröffnet und fortgeführt.

In Gesprächen mit Vertretern der Bundes- und Landesregierung, des Landkreises sowie des Vorhabenträgers wurden die konkreten Forderungen nochmals vorgebracht, im Einzelnen waren dies:

- Eine Verlängerung des Tunnels über die vom Bund geplante Strecke hinaus,
- eine Optimierung der geplanten Lärmschutzanlagen in Richtung Norden, vergleichbar mit den Maßnahmen „Hamburger Deckel“ über die A7,
- die Wiedererrichtung der vorhandenen Lärmschutzanlage zwischen Adendorf und Moorfeld als Wall oder Wand,
- die Verlängerung des südl. Tunnelportals und
- eine Verbesserung des Lärmschutzes entlang der Erbstorfer Landstraße.

Bund, Land, Kreis und Hansestadt haben sich darauf verständigt, die vorgenannten Maßnahmen intensiv zu prüfen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Bei einem Teil der Forderungen wurde seitens des Bundes und des Landes Entgegenkommen signalisiert. Hierüber soll eine Vereinbarung geschlossen werden, die derzeit erarbeitet wird und im Begleitausschuss A 39 vorgestellt und vorberaten werden soll. Auf diese Weise könnte eine abschließende Klärung im weiteren Verfahren vermieden werden.

In seiner Sitzung vom 18.09.2019 hatte die Verwaltung den Verwaltungsausschuss über den Sachstand der Gespräche mit Bund, Land und Kreis und darüber informiert, dass unter Kostenbeteiligung des Bundes und des Landes sowie des Landkreises und der Hansestadt Verbesserungen im Lärmschutz im Sinne des vorliegenden Antrages verhandelt werden sollen.

Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme: 152,00 €

im Original gezeichnet

Meyer